

Der Stadtspiegel

Eine Bürger-Zeitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Ortsverein Hilpoltstein
parteiisch, kritisch, kompetent

Entscheidung des Stadtrats steht bevor

Umgehung Meckenhausen vor der Schicksalsfrage



Visualisierung der Variante „Nordumfahrung“ um Meckenhausen/Sindersdorf (Bild: IB Klos, Spalt)

Ende der Sommerpause ist es soweit: Der Stadtrat muss entscheiden, wie es mit dem Großprojekt Umgehung Meckenhausen/Sindersdorf weiter geht. Nach Abschluss aufwändiger Voruntersuchungen mit vielen Abstimmungsgesprächen haben sich die beteiligten Fachstellen aus ursprünglich neun Varianten auf vier Varianten der engeren Wahl geeinigt. Dabei handelt es sich um zwei „ortsnahe“ Südumfahrungen (ähnlich wie sie in der Oberpfalz errichtet werden), eine weitläufigere Nordumfahrung sowie die sog. Nullvariante.

Der Stadtrat muss nun entscheiden, ob er sich für eine Variante ausspricht, oder ob er das Verfahren gar für beendet erklärt. Die Stimmung in Meckenhausen ist eindeutig: Bei einer Bürgerversammlung sprachen sich die Teilnehmenden klar für die Nordumfahrung aus. Die Südtrassen seien zu nah am Ort, die Emissionen würden lediglich an eine andere Stelle verlagert.

Eine „Non-Plus-Ultra-Lösung“ gibt es nicht. Das sagen auch die Planer. Auch die Nordumfahrung erfordert einen immensen Flächenbedarf. Zu den 7ha für Bau- und Ausgleichsflächen kommen noch satte 13ha dazu, die als CEF-Maßnahme artenschutzrechtlich bewirtschaftet werden müssen. Das schränkt nicht nur die Landwirte ein, sondern erfordert auch laufenden Unterhalt aus Steuermitteln von rund 62.000 EUR im Jahr.

Die Kosten explodieren: Kalkulation der Kosten Stand 2021: 12,7 Mio, hinzu kommen Entsorgungskosten für Erdaushub bis zu 7

Mio EUR. Rechnet man Unvorhergesehenes, Inflation, Flurbereinigung, Finanzierungskosten, internes Personal und die Ertüchtigung der Ortsdurchfahrt hinzu, landet man jenseits der 30 Mio. EUR Grenze. Zum Vergleich: von 2014 bis 2020 hatte die Stadt Hilpoltstein immer einen relativ stabilen Vermögenshaushalt von durchschnittlich ca. 10 Mio. EUR.

Ob eine 2,9 km lange Umgehung im Gegensatz zu einer 1,5 km langen Ortsdurchfahrt für die Verkehrsteilnehmer attraktiver ist, ist die große Frage. Die Verkehrsuntersuchung klingt, was die Aussagen für die Nordumgehung angeht, an dieser Stelle nicht plausibel und steht konträr zu früheren Aussagen des Planungsbüros. Zu berücksichtigen ist hierbei insbesondere, dass der Verkehr der beiden Kreisstraßen aus/von Richtung Forchheim und Karm weiterhin immer noch durch Meckenhausen fahren muss!

Beim Bauzeitenplan gibt es sehr optimistische Annahmen: Frühestens 2027 wäre die Umfahrung zur Übergabe bereit. Nicht berücksichtigt sind etwaige Gerichtsverfahren, die das Projekt über Jahre hinauszögern können. Auch die Aussage des Amtes für Ländl. Entwicklung, dass eine (sicherlich notwendige) Flurbereinigung nicht über die Köpfe der Grundeigentümer entschieden wird, macht das Projekt angesichts der vielen durchschnittlichen Fluren sehr unwahrscheinlich.

Es gibt Alternativen: Die sollte man so schnell wie möglich in Betracht ziehen. Denn auch durch Verbesserungen an der Ortsdurchfahrt (ähnlich wie sie in Unterrö-

del gerade umgesetzt werden), eine kräftige Investition in Dorferneuerung und den immer attraktiveren Umstieg auf Elektroautos werden Lärm und Feinstaub kontinuierlich abnehmen. Bereits jetzt sind die Zahlen für Neuzulassungen von Elektroautos höher als für Dieselfahrzeuge. Fast alle großen Autohersteller haben die Abkehr vom Verbrennungsmotor angekündigt. Dann werden zwar weiterhin viele Kfz durch Meckenhausen fahren. Aber zukünftig deutlich leiser und sauberer.

Hallenbad mit 25m-Becken beschlossen

Mit nur einer Stimme Mehrheit stimmten CSU und FW für die kostenintensivste Beckenvariante eines neuen Lehrschwimmbeckens an der Grundschule. Trotz so vieler mahrender – insbesondere finanzieller – Gegenargumente wird unsere Stadt damit zukünftig den Gürtel für freiwillige Ausgaben enger schnallen müssen. Denn die jährlichen rund 545.000 EUR Defizit müssen nun aufgrund der 25-jährigen Bindungsfrist bei anderen Projekten eingespart werden. In Frage kommen dafür nur Positionen, zu denen die Stadt nicht verpflichtet ist. Dazu zählen z. B. Vereinsförderung, Jugendarbeit, Bücherei, Freibad, ÖPNV, Kultur, Soziale Fürsorge, Altenpflege oder über gesetzliche Verpflichtungen hinausgehende Betreuungs- und Bildungsangebote.

Viele Bürger, die sich in diesen Bereichen engagieren, sind nun zurecht aufgebracht und fragen, was sie gegen diese Entscheidung tun können. Und ja, das Projekt hat historische Dimensionen, deren Zusammenhänge und Auswirkungen dramatisch enden könnten. Ein kleiner Hoffnungsschimmer bleibt: Wenn das zu beauftragende Planungsbüro in der Leistungsphase 3 erstmals konkretere Kosten berechnen kann, kann der Stadtrat nochmals korrigierend eingreifen und sich für eine kostengünstigere Beckengröße entscheiden. Und das ist auch gut so, denn sollte die Stadt Roth ein großes Familien-Erlebnis- und Sportbad im 10 km entfernten Belmbrach beschließen, wie es in der Machbarkeitsstudie offensichtlich geplant ist, würfelt das sowohl die Kapazitäts- als auch die Wirtschaftlichkeitsberechnung unserer Einrichtung ordentlich durcheinander.

Umleitung durch Hofstetten Bürger erster oder zweiter Klasse?



Einer der drei Gefahrenpunkte der Umleitung durch Hofstetten: der Bereich um den Kindergarten

Der Stadtspiegel befragte Stadträtin und Ortssprecherin Christine Rodarius zur Situation in Hofstetten:

Stsp.: Es gibt heiße Diskussionen zu den Umleitungsmaßnahmen, von denen Hofstetten bisher angeblich ausgenommen wurde. Böse Stimmen behaupten, das Dorf werde vor den Unannehmlichkeiten, die andere AutofahrerInnen in Kauf nehmen müssen, Deinetwegen verschont. Wie sehen die Hofstettener das denn?

CR: Ich war erschüttert über diese Wucht an Wut und Häme, die über uns hereingekracht ist. Es geht um Umleitungen für eine Baumaß-

nahme, die wir alle – auch im Stadtrat – nicht wollten und dennoch ertragen müssen, weil das Staatliche Bauamt die ranghöhere Behörde ist. Das Entscheidende: Das Straßenbauamt hat hier den Hut auf. Ich selbst habe nie auch nur ein Fünkchen Einfluss auf die Umleitungsmaßnahmen gehabt oder überhaupt nehmen können. Fakt ist: Die Straße durch Hofstetten und bis zur Pyraser Kreuzung ist von ihrer Bedeutung her die rangniedrigste aller gewählten Umleitungsmöglichkeiten. Unsere Straße ist eine reine Gemeindestraße – im Gegensatz zu denen von Solar, Pyras und Mindorf - und somit auch nur dementsprechend ausgebaut.

Vorstandswahlen bei der SPD Hilpoltstein

Petra Beringer und Dominik Jüllig bilden Doppelspitze



Bei den turnusgemäßen Vorstandswahlen im Juli wurde Petra Beringer (rechts im Bild) als Vorsitzende im Amt bestätigt. Als neuer Co-Vorsitzender fungiert Dominik Jüllig (2.v.li). Ute Mahl und Rainer Herbrecher stehen ihnen als Stellvertreter zur Seite. Traute

Beringer bleibt Kassierin, zur Schriftführerin wurde Alice Graf gewählt. Die Pressearbeit übernimmt weiterhin Christine Rodarius. BeisitzerInnen sind Stefanie Lutter, Monika Stanzel, Thomas Döbler, Winfried Pfflegel und Robert Engl.

Und selbstverständlich sind wir Hofstettener – fast ausschließlich – alle bereit, solidarisch das „Leid“ miteinander zu tragen, denn wir alle machen Hilpoltstein aus! Nur: Wie soll „ein bisschen Umleitungsverkehr über Hofstetten“ geregelt werden, wenn sich die Verkehrsteilnehmer nicht zumindest an die geltenden Regeln halten? An dieser Gemeindestraße liegen mindestens drei Gefahrenpunkte, denen nicht nur Hofstettener Kinder ausgesetzt sind, sondern auch die anderer Dörfer, die sowohl die KiTa als auch den Spielplatz, die Schulbus-Haltestelle oder auch den Gredl-Radweg nutzen.

Was würde die AnwohnerInnen zufriedener machen?

Die Verkehrsregeln lauten: In Hofstetten gilt Tempo 30 und „Rechts vor Links“. Und nach der Öffnung darf sich kein Schwerlastverkehr durch die schmalen Straßen quälen. Wenn jede/r diese Regeln einhielte, wäre das ein großer Erfolg. Das ist leider nicht so. Gefahren sind vorprogrammiert! Unsere Mindestforderung: Stärkere Kontrollen der Polizei und Blitzer (v.a. an der Pyraser Str.)!

Ich frage alle LeserInnen: Können wir nicht gemeinsam – und für alle erträglich – diese Zeit überstehen? Sie ist begrenzt!

Splitter aus dem Stadtrat

Verkehrsuntersuchung für Kernstadt

Auf Antrag der FW wurde eine erneute Verkehrsuntersuchung der Kernstadt durchgeführt. Das Fazit ist keine Überraschung: Wie bei den vorherigen Untersuchungen wurde auch jetzt wieder festgestellt, dass der Verkehr am Altstadtring hauptsächlich „hausgemacht“ ist. Rund 70% des Verkehrs blieben auch mit einer Umgehung. Neu ist aber die Aussage, dass die meisten Umgehungen mittlerweile von Gerichten entschieden werden. Diese wollen eine deutlichere Verbesserung sehen als eine Reduzierung des Verkehrs um lediglich 30%.

Klingelege Fassade wird überarbeitet

Gegen starke Widerstände konnten wir durchsetzen, dass die Firma Klingele weitere Gestaltungsalternativen für die Fassade des Hochregallagers ausarbeitet. Bei solch einem markant prägenden Element des Stadtbildes halten wir das auch für geboten und hatten es auch vorher schon immer wieder eingefordert.

Radwegekonzept

In einer Marathon-Präsentation hatte unser Radwegeplaner etliche Verbesserungen an den innerstädtischen Radwegeverbindungen vorgeschlagen. Ärgerlich: Manche Optimierung scheitert am notwendigen Grunderwerb von Privaten, manche findet nicht die Zustimmung des Staatl. Bauamts. Erfreulich: Sicherheit und Platzangebot für die Radler steigen erheblich.

Jan Plobner ist SPD Bundestagskandidat
für den Stimmkreis 246 (Landkreise Roth und Nürnberger Land)

ER WILL NACH BERLIN!



Jan Plobner zum Programm der SPD für die Bundestagswahl

Respekt vor Deiner – Ihrer Zukunft!

In diesem Jahrzehnt stellen wir politisch die Weichen, wie wir mit Klimaschutz, guter Arbeit und einer gerechteren Gesellschaft die Probleme unserer Zeit lösen können. Das Zukunftsprogramm der SPD steht daher bewusst unter dem Motto „Zukunft – Respekt – Europa“. In aller Kürze möchte ich Ihnen einen Überblick geben:

UMWELT & MOBILITÄT

Bis spätestens 2045 wollen wir klimaneutral sein und dabei den Klimaschutz als Jobmotor nutzen. Unser Strom soll bis 2040 ohne fossile Energieträger auskommen. Der öffentliche Nahverkehr muss dringend ausgebaut werden. Busse und Bahnen sollen künftig klimaneutral fahren. Bahnfahren muss dabei in Europa günstiger sein als Fliegen, damit letzteres langfristig unattraktiver wird. Wir stellen künftig Fußgänger und Radfahrer in den Mittelpunkt der Verkehrsplanung, nicht mehr das Auto. In der Agrar- und Handelspolitik wollen wir die EU ökologischer und sozialer machen.

ARBEIT, GESUNDHEIT & RENTE

Der Mindestlohn muss auf 12 Euro steigen, und gleichzeitig müssen wir Jobs ohne Tarifverträge zunehmend verdrängen. Es ist ein entscheidendes Zeichen des Respekts, überall in der Pflege nach Tarif zu bezahlen. Auch Selbstständige und Beamte sollen künftig in die gesetzliche Rente einzahlen, damit das Rentenniveau von 48 Prozent erhalten bleibt. Wir brauchen eine Bürgerversicherung mit einer guten medizinischen Versorgung für alle. Ein pauschales Verbot von Cannabis ist nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen einen offeneren Umgang damit gestalten.

SOZIALES & FAMILIEN

Hartz IV war ein Kind seiner Zeit. Es ist dringend nötig, die Fehlentwicklungen, die da-

NEUE
UMBRÜCHE | PERSPEKTIVEN
GESTALTEN. | GEBEN.

 JAN PLOBNER

Jan Plobner ist bereit, in den Zug nach Berlin zu steigen. Auch um seine Herzensprojekte Verkehrswende und ländliche Infrastruktur mitzugestalten. Als Ortsvereinsvorsitzender der SPD Altdorf, bei den Jusos und als Mitglied im Kreistag Nürnberger Land setzt er sich täglich für soziale und kulturelle Belange in unserer Region ein. Der 29-jährige Altdorfer Standesbeamte ist einer von 34 Kandidierenden unter 30 Jahren, die die SPD ins Rennen schickt. Mehr als ein Drittel aller SPD-BewerberInnen um einen Platz im Bundestag ist unter 40 Jahre alt.

jan-plobner.spd.de

[@janplobner auf Instagram](https://www.instagram.com/janplobner)

[@janplobner.spd auf facebook](https://www.facebook.com/janplobner.spd)



bei entstanden sind, zu korrigieren. Es soll ein Bürgergeld geben, bei dem Wohnung und Vermögen in den ersten zwei Jahren nicht geprüft werden. Außerdem soll die Arbeitslosenunterstützung für langjährige Einzahler verlängert werden. Für Familien soll unter anderem eine dauerhafte Erhöhung der Kinderkrankentage auf 20 Tage pro Kind, Jahr und Elternteil Entlastung bringen.

BILDUNG & WOHNRAUM

Eine gute, verlässliche und kostenlose Bildung von der Kita bis zur Uni oder Ausbildung ist die Basis für eine erfolgreiche Gesellschaft. Dafür wollen wir die Bundesländer und Kommunen zum Beispiel beim Ausbau von Kitas und der Ganztagsbetreuung an Schulen unterstützen. Jedes Kind, unabhängig von seiner Herkunft, soll die Chance haben, erfolgreich ins Leben zu starten.

Wir wissen sehr genau, wie hart umkämpft der Wohnungsmarkt zur Zeit ist. Die Mieten dürfen, dort wo die Situation außer Kontrolle geraten ist, nur noch mit der Inflationsrate steigen. Niemand soll sich an knappem Wohnraum eine goldene Nase verdienen dürfen. Bei der Förderung von eigenem Wohnraum soll auch der Erwerb von leerstehenden Häusern innerhalb von Orten unterstützt werden. Wir wollen damit Geister-Innenstädte bekämpfen.

Liebe Wählerinnen und Wähler
im Stimmkreis 246, bitte geben Sie am
26. September beide Stimmen einer jungen und
junggebliebenen, bunten und engagierten SPD!

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Hilpoltstein!



Foto: Peter Hönnemann

Mit Ihrer Stimme kann in Deutschland etwas Neues beginnen – mit Mehrheiten jenseits von CDU/CSU! Ich will Ihr nächster Kanzler werden und bin überzeugt, dass gerade jetzt die SPD die Partei ist, die für Aufbruch und Modernisierung steht.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben wir in den vergangenen Jahren in der Regierung viel erreicht: die Abschaffung des Soli für fast alle, die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes, die Grundrente und ein weitreichendes Klimaschutzgesetz. Aber wir können noch viel mehr erreichen, denn vieles dauerte zu lang, vieles wurde von CDU/CSU blockiert.

Uns geht es um Respekt vor Arbeits- und Lebensleistungen. Wir erleben eine Zunahme unsicherer Arbeitsverträge und niedriger Löhne. Gerade deshalb brauchen wir einen Mindestlohn von 12 Euro, der zehn Millionen Angestellten eine Lohnerhöhung bringt – außerdem mehr Tarifbindung und starke Betriebsräte.

Es geht um einen Klimaschutz, der Arbeitsplätze sichert und neue schafft – und um eine zweite industrielle Revolution: 250 Jahre setzte unsere Industrie auf Kohle, Erdöl und Erdgas. Nun wollen wir innerhalb von knapp 25 Jahren auf Erneuerbare Energien umstellen, um klimaneutral zu wirtschaften. Wir brauchen deshalb ein Jahrzehnt der Investitionen in die Energieerzeugung, in moderne Verkehrskonzepte und in den Wohnungsbau.

Und es geht um ein starkes und souveränes Europa. Wie Krisenbewältigung gehen kann, das hat die Europäische Union mit ihrer gemeinsamen Antwort auf die Corona-Krise eindrucksvoll bewiesen. Anders als in der Finanzkrise ist Europa nicht auseinandergedriftet, sondern steht zusammen.

Es geht um unser Land. Meine Kanzlerkandidatur verbinde ich deshalb mit dem Versprechen, diese drei Themen kraftvoll anzupacken. Es braucht Erfahrung, Kompetenz und einen Plan, was dafür zu tun ist. Dafür stehe ich.

Am 26. September entscheiden Sie, wer die Zukunftsregierung stellt, die unseren Wohlstand auch noch in 20 und 30 Jahren sichert. Die SPD und ich sind bereit, sie zu führen. Für Sie, für Ihre Kinder, für Deutschland.

Ihr

Olaf Scholz